

	<u>Vorlagen-Nr.: 2015 /i</u>	0	5	7
Vorlage für die Sitzung des Parteivorstandes am:	29./30.11.2014			
Art der Vorlage:	Beschlussvorlage	<input type="checkbox"/>		
	Informationsvorlage	<input checked="" type="checkbox"/>		
Zum Tagesordnungspunkt:	5 - Parteientwicklung			
Einbringer_in:	AG Parteientwicklung Außerparlamentarische Arbeit			
Die Vorlage wurde eingereicht am:	20. Februar 2015			
Die Vorlage wurde verteilt am:	23. März 2015			
Thema:	Bericht Projektgruppe „Außerparlamentarische Arbeit, Kontakt zu sozialen Bewegungen, Gewerkschaften“			
Beschlussvorschlag:	-			
Ressourcenbedarf (personell, organisatorisch, finanziell); ggf. Beteiligung Dritter	-			
Erwartete öffentliche Wirkung	-			
Zusammenarbeit mit dem Jugendverband und ggf. Bündnispartner_innen	-			
Barrierefreiheit/Teilhabemöglichkeit für Menschen mit Behinderung	-			
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	-			
Finanzielle Mittel / Kostenstelle:	-			
Die Vorlage wurde abgestimmt mit (falls entsprechend GO 4.4 und 4.5erforderlich)	Bundesgeschäftsführer	<input checked="" type="checkbox"/>		
	Bundesschatzmeister	<input type="checkbox"/>		
Zur Behandlung der Vorlage sind einzuladen:	-			
Den Beschluss sollen erhalten:				
Beschlussvermerk:				

Bericht Parteientwicklung: Außerparlamentarische Arbeit, Kontakt zu sozialen Bewegungen, Gewerkschaften.

Die außerparlamentarische Arbeit, der Kontakt zu sozialen Bewegungen, die Einbindung in Bündnisse und Initiativen ist Grundbestandteil einer linken Partei, die den Anspruch hat, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verschieben, Veränderungen im Bündnis mit den Menschen vor Ort zu erreichen, Selbstorganisation und politisches Engagement zu fördern. Herzstück dieser Arbeit sind die Basisorganisationen und Kreisverbände und damit das Engagement jedes einzelnen Parteimitglieds vor Ort.

In den meisten lokalen Parteistrukturen sind Mitglieder oder der KV / BO insgesamt in lokalen Bündnissen aktiv und geben der Politik unserer Partei vor Ort ein Gesicht. Bündnisarbeit gegen alte und neue Nazis, in Friedensinitiativen, Bündnisse gegen steigende Mieten, die Vernetzung mit Umweltengagierten (bspw. gegen Fracking). Ganz aktuell eine Vielzahl lokaler Bündnisse gegen die geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP). Die Unterstützung von Anti-Privatisierungsinitiativen (u.a. Krankenhäuser), die Einbindung in Flüchtlingsinitiativen oder auch die vielen Beratungs- und Unterstützungsangebote (u.a. Hartz-IV) vor Ort sowie die Mitarbeit in Vereinen und kulturellen Initiativen, geben nur Ausschnittsweise die Vernetzung der Partei wieder. Die Kampagne gegen prekäres Leben und Arbeiten (Das muss drin sein) ist ganz sicher dazu

geeignet, die lokale Vernetzung weiter zu stärken und neue, vielleicht bisher nicht angesprochene Bündnispartner zu gewinnen.

Bei aller Wertschätzung für die häufig aufreibende Arbeit vor Ort muss aber ebenfalls konstatiert werden, dass gerade in Flächenländern Partei-Infrastruktur und Mitglieder fehlen und eine häufig begrenzte Anzahl Aktiver und Mobiler (häufig in hohem Alter) in vielen Kreisen weitere Aktivitäten unmöglich macht. Es ist daher zentral, dass die Kreis- und Landesverbände frühzeitig in Planungen und Aktivitäten einbezogen werden und Modelle entwickelt werden, wie die Kampagne eigenständig Aktive und Mitglieder gewinnen und sie so von Anfang an auf breitere Füße stellen kann. Die Kampagne gegen „prekäre Arbeit und prekäres Leben“ ist deshalb ein Beispiel dafür bzw. soll es werden, wie das gemeinsam geht.

Wichtige Herausforderungen liegen darin, die politisch (und sozial) ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen zu erreichen und ihre politische Selbstorganisation zu fördern; und Unterstützungs- und Beratungsstrukturen vor Ort zu konsolidieren und auszubauen sowie linke Selbstorganisation von Jugendlichen (innerhalb wie außerhalb der Partei) zu fördern. Im Rahmen der Parteientwicklung werden 2015 (einige wenige) Modellprojekte zur stärkeren Verankerung der LINKEN in sozialen Brennpunkten und zur Förderung politischer Organisation im prekären Alltag auf den Weg gebracht.

Für den Ausbau der gesellschaftlichen Verankerung der Partei im Alltag unterschiedlicher Milieus der mittleren und unteren Klassen ist die Arbeit in sozialen Bewegungen und das Anknüpfen, die Unterstützung sozialer Auseinandersetzung vor Ort unverzichtbar. Ebenso wichtig sind Initiativen, die das in manchen Regionen erarbeitete Profil einer „Kümmerpartei“ im Alltag aufgreifen, fördern, in der Partei weiter verbreiten und weiterentwickeln. DIE LINKE und ihre Abgeordneten unterstützen daher Menschen in schwierigen Situationen, durch eigene Angebote, in Kooperation mit Vereinen, Selbsthilfegruppen oder Rechtsanwälten und stellen sich an die Seite der Betroffenen. Bundesweit bieten etwa 130 Kreisverbände verschiedene kostenlose Angebote: Sozial- bzw./und Hartz IV-Sprechstunden, Angebote zu Asylberatung, Mieten- und Familienhilfe. Die Angebote sind auf der Homepage gesammelt: <http://www.die-linke.de/nc/politik/beratung/die-linke-hilft/> Einmal im Jahr werden die Beratenden durch den Bereich Kampagnen/Parteientwicklung zu bundesweiten Vernetzungstreffen eingeladen. Erstmals wurde im Herbst 2014 ein Kommunikationsworkshop für in der Beratung Tätige angeboten.

Auch die „Kümmerer“-Aktivitäten leiden in vielerorts daran, dass die Aktiven der Partei nicht (mehr) in den Konfliktfeldern selbst verankert sind. „„Kümmerer“ waren ja kein Konzept, wo die Partei von außen auf die „Bekümmerten“ zugegangen sind, sondern daraus erwachsen, dass die Vertreter_innen (damals der PDS) vor Ort und in den Auseinandersetzungen aktiv waren. Die Herausforderung ist auch für die Zukunft, die laufenden Unterstützungstätigkeiten (im Sinne einer sozialen Dienstleistungsstruktur) mit sozialen Auseinandersetzungen zu verknüpfen und diese durch die Verbindung von Unterstützung im Alltag mit Bildungs- und Organisationsangeboten zu befördern. Um Emanzipations- und Organisationsprozesse insbesondere prekarisierter Gruppen zu fördern, kann es mittelfristig hilfreich sein, Ansätze der kritischen Gemeinwesenarbeit und des (transformativen Community) Organizings für die Parteiarbeit zu erschließen.

Eine ausführliche kritische Aufarbeitung der bestehenden Praxis der außerparlamentarischen Verankerung der Partei „vor Ort“ und die Diskussion um ihre strategische Weiterentwicklung, Projekte und Möglichkeiten verstärkter Unterstützung durch die Bundespartei sowie die damit verbundene Diskussion um das Selbstverständnis und Profil „linker Kommunalpolitik“ ist im Rahmen dieses Berichts nicht zu leisten.

Der Bericht konzentriert sich daher auf

drei unterschiedliche Formate , die auf bundesweiter Ebene ansetzen:

- 1.) Den "Kreis kritischer Köpfe"
- 2.) Bewegungsratschlag
- 3.) Gewerkschaftspolitische Ratschläge

Der Kreis der kritischen Köpfe und der Bewegungsratschlag tagen in der Regel zwei bis drei Mal im Jahr. Der gewerkschaftspolitische Ratschlag fand bisher zweimal statt - ist dafür aber deutlich aufwendiger in der Vorbereitung und richtet sich an eine größere Zahl an TeilnehmerInnen. Alle drei Ratschläge, wurden nach dem Göttinger Parteitag von den Vorsitzenden ins Leben gerufen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Formate als Medium des Austauschs zwischen den verschiedenen mit der Partei verbundenen Kreisen und Milieus bewährt haben - auch wenn es im Detail immer wieder Optimierungsbedarf festgestellt wurde.

I. Kreis der kritischen Köpfe

Ausgangspunkt mit Blick auf die Parteienwicklung: In der LINKEN sind viele Intellektuelle aktiv oder unterstützen sie, sind an ihr als politischem Projekt interessiert. Auch eine unserer stärkeren Wähler_innen-Gruppe sind Akademiker_innen. Die LINKE aber wirkt oft seltsam abgekoppelt von intellektuellen Diskussionen. Viele Intellektuelle unterstützen die Partei, ihr Ort scheint aber (abgesehen von Wahlämtern) v.a. privatisiert oder bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sein. Andere verstehen sich als links, ohne dass die LINKE als attraktives Feld oder Bündnispartnerin wahrgenommen wird. Nur wenig und eher in Bezug auf fachpolitische Fragen wirken Intellektuelle in die Partei hinein, prägen die Diskussionen und die Kultur und können so an der Ausarbeitung von Intellektualität mitwirken.

Linke Parteien sind in besonderer Weise angewiesen auf kritische Analysen und kritisches Wissen über die Gesellschaft. Sie waren geschichtlich vielfach verbunden mit Intellektuellen, Künstlerinnen und Künstlern, die an der Ausarbeitung von gesellschaftlichen Alternativen gearbeitet haben. Nicht immer waren die Parteien in der Lage, mit den unkonventionellen Lebensformen und radikalen Vorschlägen von kritischen und auf ihre Autonomie bedachten Intellektuellen umzugehen. Zwischen intellektuellen Praktiken und dem politischen Alltagsgeschäft bestehen vielfache Spannungen.

Von dieser Problembeschreibung ausgehend ist die Einladung an eine Liste von etwa 60 Personen ergangen, die meisten kommen dabei aus der Wissenschaft /den Hochschulen, aus Zeitschriftenprojekten oder der RLS, einige aus Gewerkschaften, andere aus Kunst, Kultur, Theater oder sind Schriftsteller_innen. Vor allem bei den Wissenschaftler_innen wurde darauf geachtet, dass neben vielen älteren Intellektuellen auch linke Nachwuchswissenschaftler_innen eingeladen sind. Um die Zahl etwas zu begrenzen, wurde versucht, aus wissenschaftlichen Clustern, Schulen oder Arbeitsgruppen möglichst nur eine Person einzuladen – und neben Personen, die öfters im Umfeld der Partei diskutieren, auch solche einzuladen, für die das neu ist.

Die Gespräche sollen einen Austausch über den Zustand der Gesellschaft, über gesellschaftliche Probleme und linke Antworten bieten – und über die Lehrstellen linker Politik, über gesellschaftliche Entwicklungen im positiven wie negativem, die sich gerade erst herausbilden. Dabei soll es durchaus auch um konkrete Ansätze und Ideen gehen. Es sollte aber auch „umgekehrt“ darum gehen zu diskutieren, worin ein Gebrauchswert der LINKEN für Intellektuelle besteht, wie sie einen Raum für linke, intellektuelle Debatten zur Verfügung stellen kann. Dazu

bedarf es wohl auch mancher Veränderung der LINKEN selbst. Deswegen wurde auch die Frage gestellt, wie die LINKE wahrgenommen wird, wo ihre Schwächen und Stärken, ihre Perspektiven gesehen werden, und was geeignete Formen sein könnten, diese zu bearbeiten – und sich darüber in Zukunft auszutauschen.

Es haben bislang drei Runden der kritischen Köpfe stattgefunden, die vierte folgt noch in 2014. Die Einladung wurde von allen sehr positiv aufgenommen. Die Teilnahme schwankt zwischen 20 und 35 Personen. Da die Teilnahme wechselt, muss ein kontinuierlicher Gesprächsfaden durch Gesprächsprotokolle gesichert werden. Die Runde verfügt über eine eigene Mailingliste, die aber nur wenig zur „horizontalen“ Kommunikation zwischen den Kritischen Köpfen genutzt wird.

Thematisch standen im Mittelpunkt der Gespräche:

- Das Verhältnis von linken Intellektuellen und linker Partei, die Frage, wofür die Partei „nützlich“ ist und wem. Die Partei als junge Partei, ihre Ausdrucks- und kulturellen Formen. Die Rolle der Partei in der Verschiebung gesellschaftlicher Hegemonien
- Eine Auseinandersetzung mit Europa – ökonomisch und politisch und als Frage der politischen Kommunikation. Entwicklung einer neuen politischen Kommunikation
- Eine Analyse der Großen Koalition und welche Aufgaben und Themen sich für DIE LINKE daraus ergeben
- Linke Zukunft und die „Zukunftsunfähigkeit“ des neoliberalen Kapitalismus, Entwicklungstendenzen des Neoliberalismus, autoritäre Entwicklungen
- Die Entwicklung der Produktionsweise, Digitalisierung und Industrie 4.0.
- Prekarisierung und politische Repräsentation

In Zukunft sollen die Teilnehmenden selbst stärker in die Vorbereitung involviert werden, bislang werden hierfür Gespräche in kleinerem Kreis von Interessierten aus der Runde der kritischen Köpfe genutzt. Besonders nach den Wahlen entsteht manchmal die Tendenz, dass aus einem gemeinsamen Gespräch eher eine Art „Politikberatung“ wird. Auch der Umstand, dass viele der Kritischen Köpfe jeweils Fachleute auf einem Gebiet sind, das Gespräch aber keine Expertenrunde zu Einzelthemen sein soll, fordert sorgfältige Vorbereitung. Dies wurde bislang bearbeitet durch die Einladung zu vorbereiteten kurzen Inputs, die gezielt und allgemein im Rahmen der Einladung ausgesprochen wurde.

In der Diskussion um die Zukunftsfrage des Kapitalismus und der Linken / LINKEN wurde vereinbart, dass aus dem Kreis ein Thesenpapier erarbeitet wird, das in die Diskussion in der Partei eingehen soll.

Für die kommenden Treffen soll eine Verbindung von einerseits stärker langfristiger Planung (Jahresplanung) und flexibler zu bestimmenden konkreten Themen entwickelt werden.

II. Bewegungsratschlag

Der Bewegungsratschlag wurde nach dem Parteitag von Göttingen 2012 eingerichtet, um die Vernetzung der LINKEN und ihre Verankerung in sozialen Bewegungen zu stärken und um einen gemeinsamen Gesprächsfaden zwischen der Partei und Bewegungsvertreter_innen zu entwickeln. Bislang haben fünf Treffen mit unterschiedlicher Besetzung stattgefunden. Es nahmen zwischen 20 und 35 Teilnehmer_innen an den Ratschlägen teil.

Die Ziele des Bewegungsratschlags können wie folgt beschrieben werden:

1. Signal an die sozialen Bewegungen setzen: Die Partei will einen Austausch mit den sozialen Bewegungen und den bewegungsaffinen NGOs. Die Partei / die Vorsitzenden zeigen sich offen für einen Austausch, ohne allerdings Agenda-Setting für die Bewegungen betreiben oder die Bewegungen für Parteipolitik nutzen zu wollen.
2. Informationsgewinnung und wechselseitigen Austausch: Welche gesellschaftlichen Probleme werden gerade von den sozialen Bewegungen / bewegungsaffinen NGOs gesehen und bearbeitet? Was sind aktuelle Schwerpunkte außerparlamentarischer Arbeit der LINKEN? Welche Themen sind mobilisierungstark und können gesellschaftliche Dynamik entfalten?
3. Raum für Strategiediskussionen: Allgemeine Diskussion für gesellschaftspolitische und strategischen Fragen, ohne dass draus eine gemeinsame Praxis folgen muss. Dabei geht es auch darum, ins Gespräch über Differenzen im Feld der „Mosaik-Linken“ zu kommen und Strategien zur Bündelung von Kräften und Entwicklung gemeinsamer gesellschaftspolitischer Perspektiven zu zentralen Herausforderungen (z.B. Prekarisierung; EU; autoritärer Kulturkampf) zu diskutieren.
4. Gemeinsame Projekte entwickeln: Durch gemeinsame Projekte, die von allen oder einem Teil gemeinsam getragen werden, die Fragmentierung gegenhegemonialer Kräfte zu überwinden versuchen. Diese sollen von denjenigen weiter entwickelt und verfolgt werden, die das Projekt konkret realisieren wollen. Der „Bewegungsratschlag“ muss daher nicht unter dem Ziel des gemeinsamen Projekts stehen, aber er kann solche anstoßen.

Im Bewegungsratschlag sollen zentrale Fragestellungen aufgeworfen und diskutiert werden, die für die politische Strategie von Partei und Bewegung gleichermaßen von Bedeutung sind: Beispiele:

- Was bedeutet die Europäisierung der Proteste für uns? Gibt es dazu schon Ansätze, kann es europäische Projekte geben?
- Was sind Begriffe, um die herum eine verbindende Kampagne oder andere Aktionsformen z. B. gegen Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse gelingen könnte? Schafft der Begriff des Prekariats eine Verbindung zwischen den verschiedenen Bewegungen untereinander und der Partei? Wie müsste der Begriff der Prekarität beschaffen sein, damit er nicht zur Neuauflage schon geführter Kampagnen wird.
- Was ist für uns spannend an den Protesten (Recht auf Stadt, Flüchtlinge, Antirepression)? Was wurde bei diesen an gesellschaftlicher Dynamik in Gang gesetzt, die über den konkreten Protest hinaus von Bedeutung sein könnte?
- Können wir uns für unsere Anliegen eine gemeinsame Dachkampagne vorstellen? (z. B. Gegen prekäre Verhältnisse)

Zum letzten Aspekt ist auf einem kommenden Bewegungsratschlag ein Schwerpunktthema zu Prekarisierung und zur Diskussion unterschiedlicher Politikansätze und Bündnismöglichkeiten entlang von Auseinandersetzungen um prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse geplant. Dabei soll auch über die Kampagne „Das muss drin sein“ diskutiert werden. So können wichtige Anregungen und Kritiken in die Diskussion der Partei einfließen und Kooperationsmöglichkeiten mit Akteuren sozialer Bewegungen diskutiert werden.

Als problematisch in der Praxis hatte sich in den ersten Ratschlägen herausgestellt, dass soziale Bewegungen und NGOs unterschiedliche Erwartungen an den Ratschlag haben. Zudem sind die verschiedenen Bewegungen und

NGOs in der Regel monothematisch begründet. Dies führt immer wieder dazu, dass die konkreten Themen (Umverteilen, Flüchtlingspolitik, Stadtpolitik, TTIP) nicht für alle gleichermaßen von Interesse sind. Außerdem gab es Irritationen von Seiten der Bewegungsvertreter_innen bei den Ratschlägen über die Schwerpunktsetzung auf „Parteipapiere“ (Bundestagswahlprogramm bzw. Parteientwicklungspapier).

Die Bewegungsratschläge sind in der Regel unterschiedlich besetzt. Der Ratschlag zur Diskussion unseres Wahlprogramms zur Bundestagswahl wurde vor allem von VertreterInnen der Verbände (z. B. SoVD, Volkssolidarität, Pro Asyl, Frauenrat, DGB-Jugend, RAV, Transparency) besucht. Andere Bewegungsratschläge vor allem von VertreterInnen sozialer Bewegungen (z. B. Blockupy / IL, attac, Antifa) aufgesucht. Teilweise nahmen auch VertreterInnen der „Runde kritischer Köpfe“ teil. Auf diese Probleme wurde reagiert, in dem konkrete Schwerpunkte des Bewegungsratschlags im Vorfeld benannt bzw. mit Vertreter_innen sozialer Bewegungen abgestimmt werden und Tagesordnungspunkte durch Impulsreferate vorbereitet werden. Die Einladungspraxis wurde präzisiert und Bewegungsvertreter_innen oder NGOs gezielt je nach Thema des Ratschlags angepasst. Als Problem bleibt, dass Verbände/NGOs und Bewegungsstrukturen im Bewegungsratschlag oftmals miteinander „fremdeln“. Größere Verbände oder NGOs (z. B. SoVD, Volkssolidarität, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Pro Asyl, Transparency) haben in der Regel sehr detaillierte Anliegen an die Partei – in der Regel wollen sie konkrete politische Forderungen an uns herantragen bzw. mit uns darüber in Austausch treten. Diesem Bedürfnis wird aber sowieso eher durch Gespräche auf Ebene der Vorsitzenden Rechnung getragen. Es hat sich herausgestellt, dass der Bewegungsratschlag hierfür weniger geeignet ist. Um den Austausch mit Vertreter_innen von Verbänden und NGOs perspektivisch stärker zu pflegen, wäre daher zu überlegen, diese gezielt zu Sitzungen des Parteivorstandes einzuladen, wenn „ihre“ Themen Gegenstand der Beratungen sind.

Als weitere Konsequenz aus den bisherigen Erfahrungen mit dem Bewegungsratschlag, können durchaus unterschiedliche Zielsetzungen und Zielgruppen gezielt angesprochen werden im Hinblick auf Themen, die für die außerparlamentarische Arbeit und Verankerung der LINKEN in nächster Zeit von besonderer Bedeutung sein können:

Weiter besteht der Vorschlag, gesonderte Ratschläge zu Themen zu organisieren, bei denen besonderer Diskussionsbedarf bzw. Chancen für eine stärkere Verankerung der LINKEN gesehen werden. Dies können u. a. sein:

- Thema Klimagerechtigkeit/wachstumskritische „Bewegung“/Energiekämpfe
- Thema Flüchtlings- und Migrationspolitik im Kontext massiver Flüchtlingsproteste der letzten Monate, der Verschärfung des Asylrechts und der Rolle der Grünen dabei.
- Thema „Recht auf Stadt“/stadtpolitische Bewegungen gegen steigende Mieten, Verdrängungs- und Privatisierungsprozesse im Kontext neoliberaler Stadtentwicklung (auch Großprojekte).

III. Gewerkschaftspolitische Verankerung und Ratschläge

Der gewerkschaftspolitische Ratschlag war im Jahr 2013 das zentrale Projekt zum politischen Austausch der LINKEN mit aktiven Gewerkschafter_innen. Rund 100 Kolleg_innen kamen am 1. Februar 2013 auf Einladung der Parteivorsitzenden nach Frankfurt am Main. Neben einem einleitenden Statement von Bernd Riexinger zur gesellschaftspolitischen Lage und dem Verhältnis von Gewerkschaften und der LINKEN fand u.a. eine Podiumsdiskussion mit Vertreter_innen von ver.di, IGM und GEW statt. Die Beteiligung war insgesamt ein Erfolg,

auch wenn überwiegend gewerkschaftlich interessierte und aktive Mitglieder und Funktionsträger_innen der LINKEN erreicht wurden. Insgesamt wurde die Einladung zum Austausch und politischer Diskussion über die Bandbreite gewerkschaftspolitischer Themen dankend angenommen, die Idee des Ratschlages gelobt und eine Fortführung spätestens vor der nächsten Bundestagswahl gewünscht.

Aus der Diskussion ergeben sich Herausforderungen für die zukünftige Arbeit: besonders betont wurde die zentrale Bedeutung des Themas „prekäre Beschäftigung“ für die Zukunft der Gewerkschaften und als ein Schwerpunktthema für die gewerkschaftspolitische Arbeit der LINKEN. Einigkeit bestand darin, dass es eine gemeinsame Aufgabe von Gewerkschaften und der LINKEN ist, gemeinsame Interessen von prekär Beschäftigten und Stammbefugten herauszuarbeiten, um solidarisches Handeln und politische Mobilisierung zu ermöglichen. Diese Aufgabe stellt sich für DIE LINKE zum einen auf der Ebene der politischen Unterstützung gewerkschaftlicher Basisarbeit und konkreter Auseinandersetzungen, zum anderen in der Erarbeitung programmatischer und diskursiver Linien durch die Bundespartei, die Landesverbände und die parlamentarischen Fraktionen.

Das Ziel, einen stärkeren Austausch zu gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, Lage und Strategien der Gewerkschaften zu fördern, konnte erreicht werden. Durch regelmäßiger gewerkschaftspolitische Ratschläge (ggf. auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Zielgruppen) kann daher sicherlich ein Beitrag zur besseren Verankerung der LINKEN in den Gewerkschaften geleistet werden.

Aus der weiteren Auswertung der Veranstaltung ergibt sich jedoch durchaus Bedarf für eine Weiterentwicklung des Formats und Konzepts. **Ziele und die Zielgruppe müssten näher definiert werden:**

Dabei stehen (mindestens) drei Zielsetzungen im Raum:

- Die *Verankerung der LINKEN an der gewerkschaftlichen Aktivenbasis* (besonders Vertrauensleute, BR, stark Aktive in Tarifauseinandersetzungen; Hauptamtliche der unteren und mittleren Ebene) auszubauen. Das bedeutet auch, gewerkschaftlich Aktive anzusprechen und zu erreichen, die bislang nicht in der LINKEN aktiv sind. Es geht darum, einen gemeinsamen *Austausch* zu beginnen sowie einen *praktischen „Gebrauchswert“ der LINKEN für die Alltagsarbeit in den Gewerkschaften* zu ermöglichen.
- *Reflexion der gewerkschaftspolitischen Arbeit der LINKEN* zwischen verschiedenen gewerkschaftspolitisch aktiven Akteuren der Partei und ihrem Umfeld. Dieses wichtige Ziel erfordert eigene Formate oder Überlegungen, wie Zielkonflikte einer eher „nach innen“ und einer auf „neue Teilnehmende“ ausgerichteten Konzeption gelöst werden können (z.B. Herausforderung eines schnell „geschlossen“ wirkenden Diskussionsklimas).
- Ein *Forum für Diskussion, Weiterentwicklung und Koordinierung linker gewerkschaftspolitischer Strategien*: das bedeutet zunächst, einen kontinuierlichen strategischen Austausch zwischen linken Hauptamtlichen und Aktiven der Gewerkschaften und der LINKEN über gesellschaftspolitische Herausforderungen und gewerkschaftspolitische Strategien zu organisieren. Zudem wäre eher ein kleinerer Diskussionsrahmen geeignet, um eine Kontinuität von Diskussionen und Vertrauensaufbau zu ermöglichen. Im Hinblick auf die *Zielgruppen* des gewerkschaftspolitischen Ratschlages ist zunächst Bilanz zu ziehen: Durch die gewählte Konzeption des Ratschlages (bekanntere Vertreter_innen der Partei und der Gewerkschaften als Redner_innen, das Verhältnis Partei und Gewerkschaften war ein Schwerpunktthema) wurden offenbar überwiegend gewerkschaftlich aktive und interessierte Mitglieder und Funktionsträger_innen der LINKEN angesprochen. Zukünftig wäre zu überlegen, wie gezielt eine größere Beteiligung von betrieblichen Aktiven, die

(noch) nicht in der LINKEN aktiv sind sowie von jüngeren Gewerkschafter_innen und besonders Gewerkschafter_innen erreicht werden kann.

Für die Weiterentwicklung des Formats lohnt es sich Erfahrungen der Bundestagsfraktion und der Rosa Luxemburg Stiftung zu berücksichtigen:

Die von der RLS und u.a. ver.di Landesbezirken (Stuttgart und Hannover) veranstalteten Konferenzen „Erneuerung durch Streik“ 2013 und 2014 erreichten (mit deutlich höherem Vorbereitungsaufwand und Ressourcen) zwischen 500-700 Teilnehmende und eine stärkere Mischung aus (jüngeren) betrieblich und gewerkschaftlich Aktiven, vielen jüngeren Hauptamtlichen, Aktiven aus der der gesellschaftlichen Linken und der LINKEN sowie kritischen Wissenschaftler_innen. Sicherlich sind weder Zielsetzung noch Konzept direkt mit dem gewerkschaftspolitischen Ratschlag vergleichbar. Dennoch sind zwei Aspekte des Konzepts auch für eine mögliche Weiterentwicklung des Formats gewerkschaftspolitischer Ratschläge interessant: eine stärker handlungsorientierte und direkter an betriebliche Alltagserfahrungen und –praxis anschließende Ausrichtung der Workshops und eine stark beteiligungsorientierte Diskussionskultur.

Auch im Rahmen branchenspezifischer Ratschläge und Konferenzen der Bundestagsfraktion der LINKEN in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung zum Thema Einzelhandel („Der Verkäuferin einen guten Lohn“ am 28.03. 2013 in Kassel) und zum Thema Krankenhäuser ist es gelungen, zahlreiche Aktive aus Betrieben zu erreichen. Die Konzeption war eng an stattfindenden betrieblichen - und Tarifaueinandersetzungen orientiert, so konnten die Workshops einen direkten Beitrag zur Alltagsarbeit leisten. So konnte der Austausch über Streikstrategien und Aktionsformen im Einzelhandel zu einer Weiterverbreitung von vor Ort entwickelten Strategien und Aktionsideen (wie flashmobs) im Rahmen der Tarifaueinandersetzungen beitragen.

Ideen zur Weiterentwicklung der gewerkschaftspolitischen Ratschläge:

Aus den Erfahrungen mit drei verschiedenen Formaten und Konzepten (auch im Umfeld der linken gewerkschaftspolitischen Diskussion) lassen sich Vorschläge für eine Weiterentwicklung der gewerkschaftspolitischen Ratschläge entwickeln:

- Formate und Schwerpunktthemen sollten so gestaltet werden, dass unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden können. Ziel sollte eine ausgewogenere Mischung zwischen Funktions- und Mandatsträger_innen der LINKEN, Gewerkschaftshauptamtlichen und Aktiven aus der betrieblichen Basis durch eine verbesserte Präsenz betrieblicher Aktive (BR; Vertrauensleute; Aktive in Arbeitskämpfen) sein.
- Durch die Konzeption sollte auch stärker eine aktive Diskussion und wechselseitiges Lernen zwischen betrieblich Aktiven und Funktions- und Mandatsträger_innen der LINKEN gefördert werden. Dies ginge über die Information der Teilnehmenden zu Aspekten der Arbeit der Partei und der Fraktion zu gewerkschaftspolitischen Themen hinaus. Ziel wäre auch das Entwickeln gemeinsamer Handlungs- und Aktionsideen und politischer Strategien. Politische Strategien und die Rolle der LINKEN darin sollten stärker ausgehend von den betrieblichen Erfahrungen diskutiert werden - manchmal ist das schon über eine veränderte Reihenfolge der Programmpunkte möglich. Die Rolle der LINKEN sollte stärker in Bezug auf die unterschiedlichen Ebenen (von der kommunalen zur bundespolitischen) und ihr Wirken als parlamentarischer Akteur, als unterstützende und vorantreibende Kraft in gewerkschaftlichen Alltagskämpfen sowie in Bündnissen diskutiert werden. Um dem Austausch von Erfahrungen aus der betrieblichen und gewerkschaftlichen Basisarbeit mehr Raum zu geben und eine aktive Diskussionskultur (auch zu strategischen Fragen) an der Basis der Gewerkschaften zu fördern, wäre es sinnvoll, weniger auf Vorträge und mehr auf offene Formate für niedrigschwellige Diskussion und Erfahrungsaustausch zu setzen

- Um eine nachhaltigere Wirkung der Diskussionen zu fördern, sollten (Video)Dokumentationen der Beiträge und Veröffentlichungen in Parteimedien gezielt eingeplant werden.

Projekte und Ideen für 2015/2016:

Zentrales Projekt ist in diesem Zusammenhang die vom Parteivorstand beschlossene **Kampagne „Das muss drin sein!“** zu prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Ein wichtiges Ziel der Kampagne ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Verankerung der LINKEN und ihrer Ausstrahlungskraft in die gewerkschaftliche Basis hinein. Im Rahmen der Kampagne können gewerkschaftliche Strategiedebatten zum Thema prekäre Arbeit durch die LINKE mit vorangetrieben und wichtige Forderungen der Gewerkschaften unterstützt werden.

Bei thematisch ausgerichteten Aktionstagen im Rahmen der Kampagne sollen auch gewerkschaftlich relevante und gesellschaftlich ausstrahlungsfähige Themen wie z.B. krankmachende Arbeitsbedingungen und Stress aufgegriffen werden und (zeitweilig) in den Mittelpunkt der Kampagnenaktivität rücken. Zudem kann eine direkte Unterstützung betrieblicher und gewerkschaftlicher Aktivitäten und Kämpfe im Rahmen der Kampagne direkt erfahrbar machen, dass die LINKE zugleich Ansprechpartner für konkrete Unterstützung und Motor einer Erneuerung der Gewerkschaften als gesellschaftspolitischer Bewegung sein will.

Konkrete Planungen gibt es dazu bisher zur solidarischen Begleitung der *Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienste* im Frühjahr 2015. Der Beitrag der LINKEN kann insbesondere in der politischen Unterstützung der Forderungen der Streikenden und in unterstützender Bündnisarbeit (z.B. durch Unterstützungsaktionen und -bündnisse mit Elterninitiativen) liegen. Geplant ist, Argumentationsmaterial zu den politischen Rahmenbedingungen und Forderungen (ausreichende Finanzierung und Ausstattung des Öffentlichen, mehr Personal für gute Bildung für Alle, Aufwertung der v.a. von Frauen geleisteten sozialen Dienstleistungen, Umverteilung/Steuerungerechtigkeit) zu entwickeln. Ein wichtiger Anlass für eine Präsenz der LINKEN wird der von der RLS geplante Ratschlag „Sozial- und Erziehungsdienste“ im Kontext der Tarifauseinandersetzung sein.

Die Ausrichtung der Kampagne eröffnet zahlreiche weitere Anknüpfungsmöglichkeiten für eine konkrete Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe – auf der bundesweiten Ebene der Kampagne, aber auch durch die Landesverbände und lokalen Gliederungen sowie die Zusammenschlüsse. Dazu gehören z.B.

Auseinandersetzungen und Aktivitäten im Gesundheits- und Pflegebereich, in Branchen und Betrieben mit Niedriglöhnen und hohem Anteil befristet Beschäftigter, Leiharbeit in der Industrie.

Das Format gewerkschaftspolitischer Ratschläge sollte so weiterentwickelt werden, dass es einen Beitrag zur Kampagne und eine sinnvolle Ergänzung zu den angedachten oder geplanten Aktivitäten der Bundestagsfraktion sowie der Rosa Luxemburg Stiftung leisten kann.

Die gewerkschaftspolitischen Ratschläge sollten zudem Räume schaffen für eine handlungsorientierte Diskussion um die Zukunft der Gewerkschaften angesichts der zentralen Herausforderungen durch prekäre Arbeit, abnehmende Tarifbindung, Druck auf Löhne und Arbeitsverdichtung durch permanente Umstrukturierungen und Standortverlagerungen. Die LINKE kann dabei mit Diskussionen um einen „neuen strategischen Anker“ (Bernd Riexinger) als Akteur der gewerkschaftspolitischen Zukunfts- und Strategiediskussion gestärkt werden. Ein solcher „strategischer Anker“ sollte mögliche gemeinsame Anknüpfungspunkte für unterschiedliche Gewerkschaften bieten und ein Bündnis unterschiedlicher prekärer Beschäftigtengruppen und „Kernbelegschaften“ befördern und konkrete Strategien zur Verbindung betrieblicher und tarifpolitischer Konflikte mit gemeinsamen gesellschaftspolitischen Perspektiven beinhalten.

Die verschiedenen Zielsetzungen und Zielgruppen könnten durch eine kooperative Planung und Koordinierung unterschiedlicher Veranstaltungsformate unterschiedlicher Akteure erreicht werden:

- **Einrichtung eines Strategie-Ratschlags „Zukunft der Gewerkschaften und linker Gewerkschaftspolitik“ (Arbeitstitel)** als regelmäßiger Rahmen für den Austausch und Strategiediskussion mit linken GewerkschafterInnen auf der mittleren und höheren Ebene über die gesellschaftspolitische Lage und linke gewerkschaftspolitische Strategien und Aktivitäten. Dafür wäre ein fester Teilnehmendenkreis sinnvoll, von ca. 20-30 Gewerkschafter_innen, die für eine auch stärker gesellschaftspolitische und strategische Diskussion interessant sind (v.a. linke Hauptamtliche oder Vorstände der höheren und mittleren Ebenen, jüngere linke Hauptamtliche z.B. aus Links in ver.di). Ein solcher Ratschlag sollte mindestens dreimal pro Jahr, optimal vierteljährlich stattfinden.

Gewerkschaftspolitische Ratschlag der LINKEN

Eine Weiterführung des größeren gewerkschaftspolitischen Ratschlags ist alleine auf Grund der positiven Resonanz und im Hinblick auf das mittel- bis längerfristige Aktivitäten erfordernde Ziel der stärkeren Verankerung sinnvoll. Der nächste Ratschlag – in 2015 oder 2016 - sollte thematisch an die Kampagne „Das muss drin sein“ gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse anknüpfen und zugleich stärker betrieblich Aktive GewerkschafterInnen durch Beteiligungsmöglichkeiten und konkrete Handlungsorientierung ansprechen. Programm und Termin des Ratschlages sollten mit Bezug auf eine ebenfalls in der Diskussion befindliche **größere Aktions- und Strategiekonferenz** zum Thema „**Prekäre Arbeit und Kampf um Tarifverträge**“ der RLS im Frühjahr 2016 geplant werden. Abhängig von den weiteren Diskussionen im Vorbereitungskreis zur Auswertung und Perspektiven der Streikkonferenz wäre dies eine mögliche Weiterentwicklung des Formats der Streikkonferenz. Ideen für einen „strategischen Anker“ könnten in diesem Rahmen mit konkretem Bezug auf Erfahrungen der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit diskutiert werden. Sollte diese zu Stande kommen, wäre das ein wichtiger Bezugspunkt auch für die Kampagne „Das muss drin sein“.

(Branchenspezifische) Ratschläge der Fraktion (in Kooperation mit der RLS):

Diese verfolgen das Ziel, eines Austausches und Vernetzung zwischen Akteuren aus betriebs- und tarifpolitischen Auseinandersetzungen und der LINKEN (besonders der Linksfraktion). Dieses Ziel kann durch eine gezielte Schaffung von Raum für wechselseitiges Lernen und den Wissenstransfer von Erfahrungen auf betrieblicher und lokaler Ebene zu geteiltem „Organisationswissen“ befördert werden. Davon ausgehend ermöglichen die Ratschläge Diskussionen über eine stärkere Verknüpfung der Arbeit der Linksfraktion mit betrieblichen und tarifpolitischen Auseinandersetzungen in strategisch besonders relevanten Branchen und Bereichen. Für 2015 sind Ratschläge der Rosa Luxemburg Stiftung in Kooperation mit der Linksfraktion zu den Themen angedacht oder in Planung:

- Unterstützung der Tarifrunde Sozial und Erziehungsdienste (im Frühjahr 2015)
- Ratschlag zum Thema Gesundheit und Pflege (im Sommer 2015)

Zudem wird über einen industriepolitischen Ratschlag nachgedacht, bei dem die Situation in der Exportindustrie (oder ggf. spezifischer in der Automobilindustrie) angesichts von betrieblicher Umstrukturierung und sich abzeichnender Rezession aufgegriffen, Handlungsstrategien gegen die Situation der „permanenten Erpressung“ der Belegschaften und Alternativen zum „Krisenkorporatismus“ diskutiert werden können.